

Antrag 60/II/2024**FA V – Stadt des Wissens****Der Landesparteitag möge beschließen:****Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhandelbar!**

- 1 *Für das Recht auf Bildung. Für das Recht auf eine Schule für*
2 *alle. Überall.*
3
4 Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie so-
5 wie die Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefor-
6 dert,
7 1. zu verhindern, dass eine Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen stattfindet,
8
9
10 2. zu gewährleisten, dass stattdessen alle Kinder und
11 Jugendliche in Berlin Zugang zu gleichen Bildungschancen haben und in Regelklassen beschult werden.
12
13
14
15

16 Begründung

17 Partizipation beginnt beim gleichen Recht auf Bildung für
18 geflüchtete Kinder und auf globalen Menschenrechten
19 beruhendem Recht auf gleiche Bildungschancen für alle.
20 Dieses Recht ist unverhandelbar und muss von der Senats-
21 verwaltung als oberstes Gut und politisches Prinzip be-
22 handelt werden. Daher ist dieses Recht auf Berliner Ebene
23 auch im Gesamtkonzept zur Partizipation und Integration
24 Geflüchteter und im Schulgesetz festgehalten. Über die
25 Berliner Ebene hinausgehend steht es auch in Artikel 28
26 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die in
27 Deutschland geltendes Recht ist. Die UN-KRK hält ebenso
28 ein Diskriminierungsverbot in Artikel 2 fest und betont in
29 Artikel 22, dass der Vertragsstaat einem geflüchteten Kind
30 die Wahrnehmung seiner Rechte ermöglichen muss.
31

32 Deshalb beobachtet der Landesbeirat für Partizipation
33 die aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen und Pläne
34 der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für geflüchtete Kinder und Jugendliche sehr kritisch
35 und lehnt ihre Pläne einer flächendeckenden Sonderbeschulung in temporär angelegten Erstaufnahmeeinrichtungen wie in Tegel ohne kindergerechte Tagesstruktur
36 und darüber hinausgehend auch und vor allem in allen regulären Aufnahmeeinrichtungen und/oder Geflüchtetenunterkünften kategorisch ab! Kindern dürfen nur in einer
37 Schule unterrichtet werden, und das ist die Regelschule für Alle!
38
39
40
41
42
43
44

45 *„Wir konnten in den letzten Jahren beobachten, wie geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Willkommensklassen separat unterrichtet wurden. Der nachrangige Zugang zum regulären Schulalltag hatte zur Folge, dass geflüchte-*

Empfehlung der Antragskommission**Votum folgt am 19.11.**

49 *te Kinder und Jugendliche Probleme hatten, anzukommen.*
50 *Umso erschreckender ist es, dass statt eines verbesserten*
51 *Zugangs zum Schulsystem darüber nachgedacht wird, sie*
52 *komplett auszuschließen. Das ist diskriminierend und un-*
53 *zumutbar. Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben das*
54 *Recht auf Teilhabe am regulären Schulalltag, an unserer*
55 *Gesellschaft und vor allem auf diskriminierungsfreie Be-*
56 *handlung. Zudem wird der Bildungserfolg der Kinder ris-*
57 *kiert und die Gefahr besteht, von lebenslangen Chancen-*
58 *ungleichheiten betroffen zu sein“*

59
60 *”Der Problematik der Mangelbeschulung kann nicht mit*
61 *weiterer Abschottung im Bildungsbereich für Kinder und*
62 *Jugendliche und der Ausweitung der Isolation von Geflüch-*
63 *teten begegnet werden. Es ist unerträglich zu hören, wenn*
64 *schlechtere Unterrichtsqualität mit der zusätzlichen Be-*
65 *schulung von geflüchteten Kindern in Verbindung gebracht*
66 *wird. Die strukturellen und personellen Probleme von Schu-*
67 *len müssen endlich ernst genommen und angegangen wer-*
68 *den, um Kinder vor solcher Diskriminierung zu schützen.“*

69
70 Sonderschulen sind Ausdruck einer institutionellen Segre-
71 gation, Isolation und Abgrenzung von der Gesellschaft.
72 Wir wissen aus wissenschaftlichen Forschungen, dass die
73 Gefahr einer fortdauernden Segregation mit solchen „Par-
74 allelstrukturen“ institutionell angelegt ist und die Gefahr
75 der Verstetigung der schlecht qualifizierten „Sonderbe-
76 schulung“ größer ist als eine effektive Bildungsvorberei-
77 tung.

78
79 Die Bildungsverwaltung muss prioritär den Rechtsan-
80 spruch von allen (!) Kindern in Berlin auf Zugang zu glei-
81 chen Bildungschancen in Regelklassen strategisch ver-
82 folgen und Maßnahmen entwickeln, die der Mangelbe-
83 schulung entgegenwirken. Die Sonderbeschulung sepa-
84 riert geflüchtete von nicht-geflüchteten Kindern. Wir ver-
85 lieren auf dem aktuellen Weg Chancen für die Entwick-
86 lung einer partizipativen Gesellschaft!

87 Auch in den 1960er Jahren wurde für Kinder von so-
88 genannten „Gastarbeitern“ in der alten Bundesrepublik
89 auf das Modell der „Sonderbeschulung“ in sogenann-
90 ten „Ausländer-Regelklassen“ zurückgegriffen. Wir wis-
91 sen heute, dass die Folgen fatal waren: systematisch
92 unterqualifizierte Bildungsangebote, verfestigte Parallel-
93 strukturen und ein diskriminierendes Bildungssystem,
94 das dazu geführt hat, dass einer ganzen Generation das
95 gleiche Teilhaberecht an Bildung systematisch nicht an-
96 geboten werden konnte. Eine ähnliche Erfahrung kön-
97 nen wir heute nicht riskieren und die Bildungsverwaltung
98 muss mit gutem Beispiel voran gehen, hier eine politische
99 Lösung zu bieten.

100 Die fehlenden Plätze für eine Regelschule sind Teil einer
101 vielfachen Krise, für die der Senat und vor allem die Bil-

102 dungsverwaltung dringend Antworten liefern muss. Das
103 Problem ist der fehlende Zugang für geflüchtete Kinder
104 in Regelschulen gekoppelt mit dem fehlenden Zugang für
105 Wohnungen oder Gemeinschaftsunterkünfte. Die Schul-
106 pflicht gilt aber trotz dessen auch für geflüchtete Kinder.
107 Rund 2.000 schulpflichtige Kinder warten aber noch auf
108 einen Schulplatz. Die meisten dieser Kinder leben in Te-
109 gel. Die Pläne der SfBJF, auch 5 Schulen in den neu zu
110 bauenden Containerunterkünften zu planen, zeigen hin-
111 gegen, dass nicht die Diskriminierung geflüchteter Kin-
112 der bekämpft werden soll, sondern ein politischer Paradig-
113 menwechsel auf ihrem Rücken folgen soll. Die Sonderbe-
114 schulung wird nun nicht mehr mal einzig in Tegel als Aus-
115 nahmeort debattiert, sondern tatsächlich auch für regulä-
116 re AE und GU! Dazu sagen wir klar „Stopp!“ Wir brauchen
117 inklusive Regelschulen für alle!

118

119 Diese Problematik nicht in ihrer politischen Dimension
120 verstanden wird und statt dessen aus dieser Notsituati-
121 on die SfBJF aber nun einen politischen Paradigmenwech-
122 sel plant Pläne der SfBJF auch 5 Schulen in den neu zu
123 bauenden Containerunterkünften plant. Das deuten wir
124 nicht mal aktuell an, wir sind zu fokussiert auf Tegel. Aber
125 an diese Plänen wird ja gerade der politische Paradigmen-
126 wechsel deutlich. Es geht nicht mehr nur um die Notsitua-
127 tion in Tegel als Ausnahmeort, sondern auch für reguläre
128 AE und GU!

129

130 Das Ankunftszentrum Tegel wurde explizit als Übergangs-
131 lösung konzipiert, um eine kurzzeitige Unterbringung zu
132 organisieren. Die erschreckende Realität zeigt uns heu-
133 te, dass Menschen bis zu einem Jahr und länger dort
134 in menschenunwürdigen Zelten leben müssen. Das be-
135 trifft Kinder und Jugendliche besonders hart. Die fehlende
136 Privatsphäre, fehlender Zugang zu ausreichenden sozial-
137 medizinischen Diensten für Trauma-Betroffene, Gewalt-
138 erfahrungen, schlechte Hygiene und die absolute Isolati-
139 on von der Stadtgesellschaft und Normalität verschärfen
140 die tatsächliche und gelebte Stigmatisierung. Die mangel-
141 hafte Wohnraumversorgung führt zu den menschenun-
142 würdigen langen Aufenthalten in Tegel und zu einer viel
143 gefährlicheren Situation, und zwar der allmählichen und
144 stillschweigenden Verstetigung von Tegel und der Verän-
145 derung des temporären Ankunftsentrums hin zu einem
146 „Lagerkomplex“. Berlin muss Schlafplätze für Geflüchte-
147 te organisieren und hierbei auch auf Transiträume zurück-
148 greifen, allerdings muss gleichzeitig eine wohnraumpoli-
149 tisch reguläre Unterbringung konsequent konzipiert wer-
150 den. Die Koalition darf dieses Ziel nicht aus dem Auge
151 verlieren. Die Sonderbeschulungsmaßnahmen aus der Bil-
152 dungsverwaltung signalisieren leider anderes.

153

154 Wir fordern die Bildungsverwaltung und den Berliner Se-

155 nat dazu auf, geflüchteten Kinder ihr Recht auf gleiche Bil-
156 dungschancen zu gewähren und dringend verwaltungs-
157 übergreifende Maßnahmen zu diskutieren, die allen Kin-
158 dern unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus,
159 gleiche Bildungschancen bieten. Vor allem sind nachhal-
160 tige Lösungen gefragt, denn eine inklusive Bildungspoli-
161 tik ist die Basis für eine nachhaltig partizipative Gesell-
162 schaft.

163

164 Wir brauchen flächendeckende Maßnahmen, damit Ju-
165 gendliche wieder in Regelschulen unterrichtet werden
166 können und nicht in Containern auf dem Gelände der Un-
167 terkünfte!

168 Es müssen dringend Lehrkräfte gewonnen werden, damit
169 dem Lehrermangel entgegengewirkt wird. Dafür bedarf
170 es sowohl an Qualifikationsangeboten als auch an be-
171 schleunigten und vereinfachten Anerkennungen von Bil-
172 dungsabschlüssen von Lehrer: innen aus dem Ausland un-
173 abhängig vom Herkunftsland!

174

175 Es muss dringend geklärt werden, wie der verwalterische
176 und pädagogische Übergang in die Regelklasse stattfin-
177 den soll!

178 Ein gekoppeltes Angebot von Vorbereitungsklassen und
179 Regelklassen muss geplant werden!

180 Schulen, sowie pädagogische Fach- und Hilfskräfte
181 müssen stärker unterstützt werden!

182 Herkunftssprachlicher Unterricht und qualifizierte paral-
183 lele Deutschkurse für Schüler*innen müssen ermöglicht
184 werden!

185 Bezirksübergreifende „Runde Tische“ müssen Verwaltun-
186 gen und Schulleitungen koordinieren, die sich positiv für
187 eine Schichtbeschulung ausgesprochen haben. Unterricht
188 am Nachmittag ist eine kurzfristige Lösung!

189

190 **Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhan-**
191 **delbar und muss im Fokus der Koalition stehen!**

192